



Theaterdesaster

Bei der Sanierung der Berliner Staatsoper explodieren die Kosten. **Seite 11**

Foto: 123rf/ Mariusz Szczygie

Theaterlegende

Zum Tod des Schauspielers Fred Düren, der aus der DDR nach Israel ging. **Seite 15**

Theaterprotest

In Rostock spielen sie gegen den Kultur-Kahlschlag an. **Seite 16**

Foto: Dorit Gätjen

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 10. März 2015

70. Jahrgang/Nr. 58

Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Etwas Geld zum Atmen

Simon Poelchau über Athens Versuch, Geld aufzutreiben

Griechenland braucht zumindest kurzfristig neues Geld. Auch wenn die derzeitigen Spekulationen über Zahlungsschwierigkeiten des Landes übertrieben sind, so sind die Verpflichtungen im Umfang von 6,85 Milliarden Euro, die die SYRIZA-geführte Regierung im März erfüllen muss, kein kleiner Happen für ein Land, das sich derzeit kaum auf dem Kapitalmarkt finanzieren kann.

Dass der griechische Regierungschef Tsipras und sein Finanzminister Varoufakis in eine solch schwierige Lage geraten sind, ist nicht zuletzt die Schuld der Europäischen Zentralbank (EZB), weil Banken bei ihr nicht mehr griechische Anleihen als Sicherheiten für frisches Geld hinterlegen dürfen. Auch das harte Nein der Notenbank gegenüber Varoufakis' Plan, sich über sogenannte T-Bills zu finanzieren, hat allein zum Ziel, die griechische Regierung weiter unter Druck zu setzen. Denn wengleich das Argument der EZB zutrifft, dass dies eine illegale Staatsfinanzierung durch die Notenbanken sei, so muss man sich fragen, woher der Sinneswandel der Notenbank kommt. Schließlich ist das Prinzip des am Montag von ihr begonnenen, groß angelegten Anleihenkaufprogramms genau das gleiche. Dabei kauft die EZB Schuldtitel von Banken ab, damit diese wieder Staaten, Unternehmen und privaten Haushalten Kredite geben können.

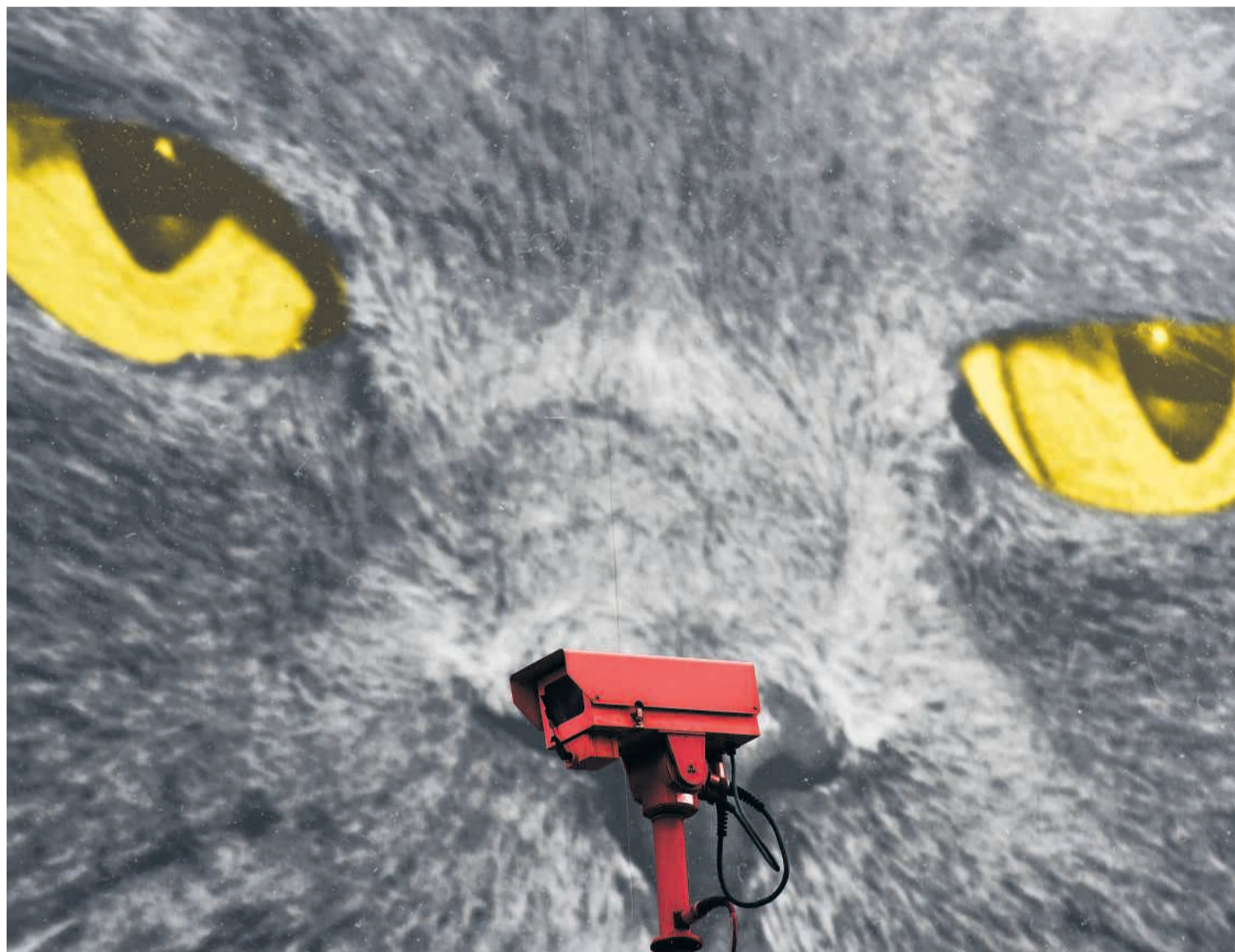
Nur handelt es sich bei Athens Idee nicht um ein Programm über 1,1 Billionen Euro, sondern lediglich um etwas Geld, um wieder Luft zum Atmen zu haben.

UNTEN LINKS

Gestern wurde an dieser Stelle die Behauptung kolportiert, **Windräder** würden mit Atomstrom betrieben. Das ist natürlich Unsinn. Also Unsinn ist, dass es sich ausschließlich um Atomstrom handele. Wie andere Stromendabnehmer werden Windräder mit dem günstigsten Strommix versorgt, der an dem betreffenden Standort jeweils zur Verfügung steht. Dieser Mix kann von Atom-, Kohle-, Wasser-, Solar- oder anderen Kraftwerken kommen. Und selbstverständlich von Windkraftwerken. Diese sind zweifellos die ökologisch sinnvollste Lösung für Windradbetrieb, weil – von Reibungsverlusten abgesehen – die Windenergie so faktisch vollständig in die Drehung der Rotoren umgewandelt wird, die dann auch bei völliger Windstille ihre majestätisch ausgreifenden zirkulären Translokationen vollführen können. Deshalb geht das Bestreben dahin, die Drehorte der Windräder möglichst in die Nähe von Windkraftwerken und Brutplätzen der Windbeutelratte zu legen. *ibo*

Glaskugel in Hightech-Version

Können Computer Verbrechen vorhersagen? Immer mehr Ermittler glauben daran



Würde diese Katze Whiskas mausen? Mit Computerprogrammen wollen Polizisten Verbrechen vorhersagen.

Foto: Reuters/Toby Melville

Berlin. Es klingt wie eine Science-Fiction-Idee – und ist auch eine: In der von Phillip K. Dick 1956 verfassten und 2002 in Hollywood verfilmten Kurzgeschichte »The Minority Report« gehen Polizisten auf Verbrecherjagd, noch bevor die Übeltäter überhaupt ihre Tat begehen. »Präkogs« nannte Dick jene mutierten Polizisten mit Seherqualitäten, die in seiner düsteren Zukunftsgeschichte solche Prognosen abgeben. 60 Jahre später soll in Zürich ein Computerprogramm namens »Precobs« Wohnungseinbrüche voraussagen.

»Predictive Policing«, also vorhersagende Polizeiarbeit, nennt sich dieser technisierte

Blick in die Glaskugel, der nun nüchterner als in Dicks Geschichte mit Hilfe von Algorithmen vollzogen wird. In zahlreichen US-amerikanischen Polizeiwachen wertet zu diesem Zweck bereits Software massenweise Daten aus. Auch Kriminalämter in Deutschland arbeiten an der Einführung oder wünschen sich derartige Technologien. Für deutsche Datenschützer ist dies eine Horrorvision.

Derartige Programme haben einen unermesslichen Hunger auf Daten. Gestillt werden könnte dieser auch durch eine langfristige Speicherung der Verbindungsdaten durch Kommunikationsanbieter. Obwohl der Euro-

päische Gerichtshof eine entsprechende Richtlinie aus Brüssel gekippt und das Bundesverfassungsgericht deren Umsetzung in Deutschland gestoppt hat, ist nach Medienberichten eine neue Debatte darüber im Gange; inoffiziell ist eine solche Vorratsdatenspeicherung in Light-Version ohnehin längst Praxis.

Bleibt die Frage: Bringt das was? In der Welt von »The Minority Report« liegt der letzte Mord dank der »Präkogs« schon Jahre zurück. Doch der Preis ist eine totalitäre Gesellschaft, in der jeder potenzielle Straftäter im Internierungslager landet. Aber das ist nur Science-Fiction. Oder? *nd* Seiten 2 und 5

CSU verbietet SYRIZA »das Maul«

Erneut schroffe Töne vor Treffen der Eurogruppe über Griechenland / Brüssel will schnellere Reformen

Drohen und Drängen – die Tonart in Berlin und Brüssel gegenüber der Regierung in Athen hat sich auch vor dem jüngsten Treffen der Eurogruppe am Montag nachmittag nicht verändert.

Von Vincent Körner

Die SYRIZA-geführte Regierung in Athen kann weiterhin nicht mit Entgegenkommen aus Brüssel oder Berlin rechnen. Unisono wurden die vorgelegten Vorschläge von Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis als unzureichend bezeichnet. In einem elfseitigen Schreiben hatte der eine neue Liste mit Maßnahmen unterbreitet – dies hatten die europäischen Gläubiger zur Bedingung der Verlängerung des Kreditprogramms gemacht. Vor einer Auszahlung von Kredittranchen sollen die Athener Pläne aber noch von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds geprüft werden.

Die Pläne würden nicht ausreichen, sagte Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem. Die Finanzminister der Eurozone wollten am Montagmittag über die Liste beraten; eine Entscheidung wurde zunächst nicht erwartet. »Es wird ein Prozess des langen Atems«, so Dijsselbloem. Aus deutschen Regierungsparteien waren Aufforderungen in Richtung Athen zu vernehmen, das Tempo der Reformen zu erhöhen. Unterstützung dafür wollte zugleich niemand zusichern – auch eine vorzeitige Auszahlung von Kredittranchen wurde abgelehnt.

Derweil hat CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer die SYRIZA-geführte Regierung erneut verbal attackiert: Gerade erst sei Griechenland von der Schippe des Bankrotts gesprungen. »Und jetzt in der Reha am Tropf das Maul aufreißen und neue Forderungen stellen – das geht nicht.« Dagegen hat Grünen-Chefin Simone Peter beide Seiten aufgefordert, sich

nicht weiter gegenseitig mit Vorwürfen zu überziehen. »Das Bashing der Griechen, aber auch deren provokante Art und Weise, auf die Euro-Länder zu reagieren, bringt keinem etwas«, sagte sie und nannte die sozialen Forderungen von SYRIZA berechtigt.

»Es wird ein Prozess des langen Atems.«

Jeroen Dijsselbloem

Linksfraktionsvize Sahra Wagenknecht wies die Ermahnungen in Richtung Athen zurück. »Offensichtlich ist die Eurogruppe nicht bereit, der griechischen Regierung jene Atempause zu verschaffen, die sie zur Verbesserung des Steuervollzugs und zur Heranziehung des Vermögens der Superreichen benötigt.« Wer wie die Bundesregierung stattdessen einen Kurs unterstütze, in dessen

Folge »die Ausplünderungspolitik zugunsten korrupter Oligarchen fortgesetzt werden kann«, gefährde »auch Milliarden« deutscher Steuergelder.

Derweil sorgte eine Äußerung des griechischen Verteidigungsministers Panos Kammenos für Empörung. Der Politiker von der nationalistischen ANEL-Partei, Koalitionspartner von SYRIZA, hatte gesagt, wenn die Gläubiger im Streit um die Schulden Griechenland »einen Schlag versetzen«, dann würden »Migranten Papiere bekommen und nach Berlin gehen«. Das griechische Innenministerium versicherte, dass dies nicht geplant sei. Der designierte Innenstaatssekretär Dimitris Christopoulos sagte allerdings gegenüber »nd«, der Umgang mit Flüchtlingen sei ein gesamteuropäisches Problem. Die EU müsse ihre Migrationspolitik überdenken. »Die Länder am Rande können die Lasten nicht allein tragen«, so Christopoulos. Seite 3

CDU und Pegida in regem Kontakt

Staatssekretär spricht vor Islam-Gegnern über »Flüchtlinge weltweit«

Dresden. Zwischen der islamfeindlichen Pegida-Bewegung und der sächsischen CDU gibt es laut einem Bericht regelmäßige Gesprächskontakte. Eine Gruppe von 14 Pegida-Sympathisanten habe sich schon mehrfach mit CDU-Landtags- und -Bundestagsabgeordneten aus dem Freistaat getroffen, schreibt die »Sächsische Zeitung«. Koordinator der Gespräche sei Lars Rohwer.

Rohwer habe ein Treffen der »Pegida«-Gruppe mit sechs Dresdner CDU-Abgeordneten am 28. Januar im Landtag bestätigt. An weiteren Gesprächen hätten unter anderem Innenminister Markus Ulbig und der Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz teilgenommen. Vaatz habe einem Teil der Gruppe auch zu einem Termin in Berlin verholten: Ende März werden Pegida-Anhänger mit Staatssekretär Friedrich Kitschelt aus dem Entwicklungshilfeministerium zusammenkommen. Kitschelt wolle bei dem Treffen über die »Lage der Flüchtlinge weltweit« referieren, erklärte ein Ministeriumssprecher am Montag.

Derweil hat das sächsische Innenministerium die Teilnahme gewaltbereiter Hooligans bei Demonstrationen von Pegida-Ablegern bestätigt. So seien zum Beispiel 300 Demonstranten aus dem Umfeld des Fußballclubs 1. FC Lokomotive Leipzig am 12. Januar bei Legida in Leipzig mitmarschiert, teilte die Linksfraktion im Dresdener Landtag mit. Auch bei Pegida in Chemnitz seien Hooligans mitgelaufen, die dem Chemnitzer FC zugerechnet werden. *Agenturen/nd*

Politik verschweigt TTIP-Gefahren

Foodwatch kritisiert Debatte über Freihandelsabkommen

Berlin. Die Verbraucherorganisation Foodwatch hat am Montag den Befürwortern des geplanten Freihandelsabkommens (TTIP) zwischen der EU und den USA eine Fehl- und Desinformationskampagne vorgeworfen. Foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode nutzte die Vorstellung seines Buches »Die Freihandelslüge: Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet« zu umfassender Kritik: »Eine so breit angelegte Desinformationskampagne wie bei TTIP habe ich noch nie erlebt. Die Chancen des Abkommens werden aufgebauscht, die Risiken gelehrt oder verschwiegen«, kritisierte Bode: »Bei diesem Abkommen geht es nicht um Freihandel, sondern um Freibeuterei.«

Komme TTIP, würde es als völkerrechtlicher Vertrag über nationalen Gesetzen stehen. So hätte die Anerkennung von Tierhaltungsbedingungen zur Folge, dass die EU nicht ohne Zustimmung der USA höhere Standards einführen könnte. Bode forderte eine aufrichtige und transparente Debatte über das Abkommen. Derzeit würden Verlierer nicht erwähnt oder zu Gewinnern gemacht: Ein Vertreter der EU-Kommission bezeichnet TTIP als »Goldgrube« für Entwicklungsländer. Tatsächlich legten Studien nahe, dass gerade diese mit wirtschaftlichen Verlusten zu rechnen hätten, so Bode. *nd*

nd Telefonforum Mietrecht

Am 24. März beantworten von 11 bis 14 Uhr Experten Ihre Fragen: Ulrich Ropertz, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes, und Hartmut Höhne, Vorsitzender des Mietervereins Frankfurt (Oder). Die Telefonnummern werden noch bekannt gegeben.

ISSN 0323-4940

